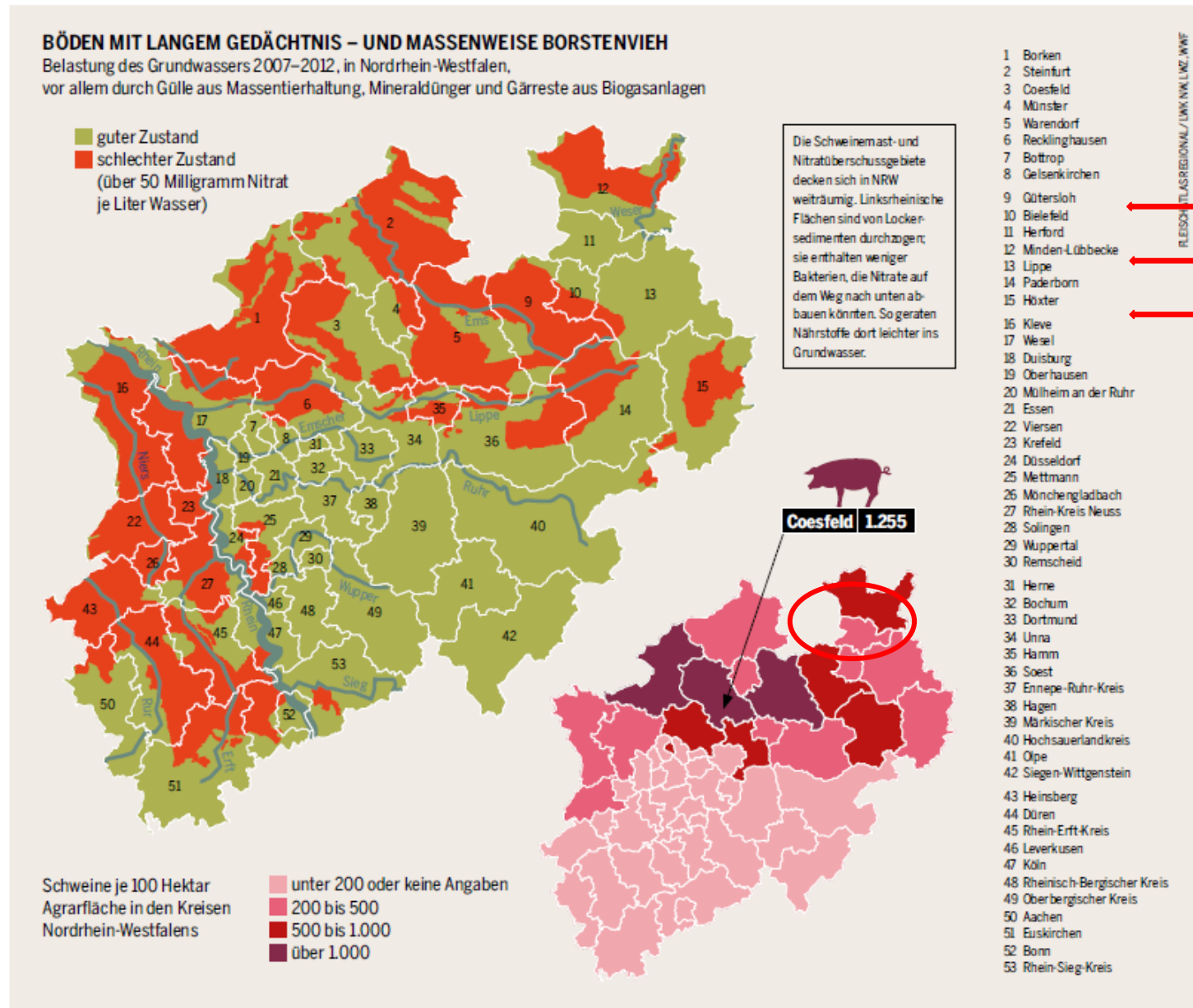
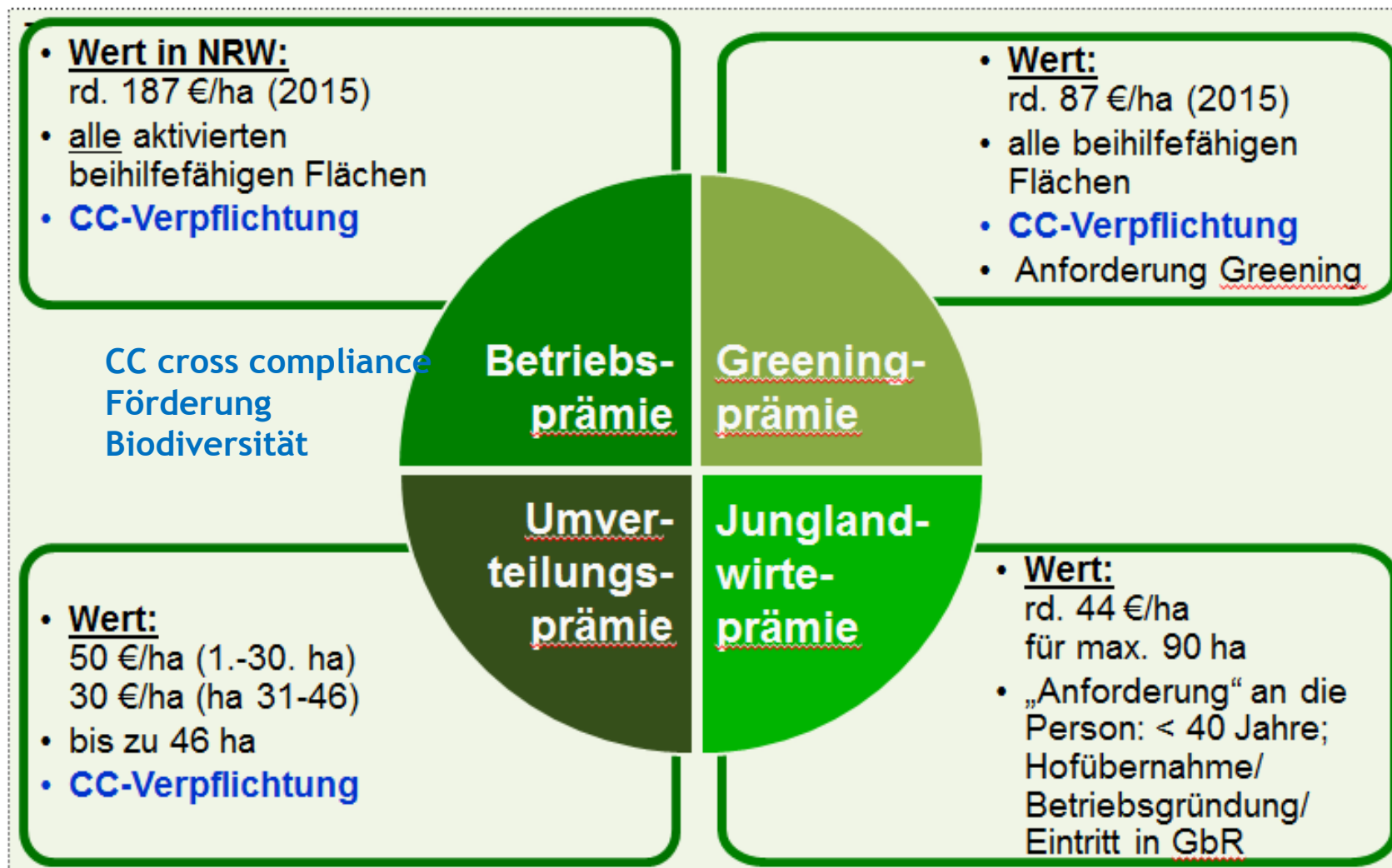


Bestand an Schweinen in NRW pro 100 ha



Quelle: Fleischatlas 2016, Heinrich Böll Stiftung - BUND

Prämienaufbau – Direktzahlungen



Werner Weingarz 08.03.2016

Europas Agrarpolitik in der Kritik

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Der größte Posten des EU-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik, ist hochgradig ineffizient und überwiegend umweltschädlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine in Brüssel vorgestellte internationale Studie

Ökonomen, Soziologen und Ökologen haben die EU-Agrarpolitik einem so genannten „Fitness Check“ unterzogen. Erstmals in der über 50-jährigen Geschichte der GAP liegen damit Erkenntnisse zu ihrer Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele vor. Die Agrarpolitik macht derzeit fast 40 Prozent des EU-Haushalts aus. Bislang hatten sowohl die EU-Kommission als auch die Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, eine solche Überprüfung stets abgelehnt. Aus diesem Grund gaben der NABU, das Europäische Umweltbüro und BirdLife Europe die Prüfung in Auftrag, eng angelehnt an die offiziellen Kriterien, die sich die EU selbst für „gute Gesetzgebung“ verordnet hat. Über die künftige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik hatten bis zuletzt auch CDU, CSU, FDP und Grüne in ihren Sondierungen gestritten.

ABHÄNGIGKEIT

Die Studienautoren kommen zu dem Schluss, dass insbesondere die pauschalen Flächenprämien der sogenannten Ersten Säule die Einnahmen von Betrieben zwar erhöhen. Angesichts der aufgewendeten rund 44 Milliarden Euro jährlich tragen sie wenig

zu einem angemessenen Lebensstandard der Landwirte und dem Abbau von Ungleichheiten im ländlichen Raum bei. Beides sind jedoch wesentliche Ziele der GAP. Zudem befeuern die Direktzahlungen die Abhängigkeit der Landwirte von Subventionen, beeinflussen Produktionsentscheidungen und verringern die Effizienz der Betriebe. Generell bemängeln die Autoren fehlende logische Zusammenhänge zwischen Budgetaufteilung, Zielen und Instrumenten.

UMWELTZIELE

Noch schlechter fällt das Fazit hinsichtlich der Erreichung von Umweltzielen aus: Die wirksamsten Instrumente der GAP, die gezielten Agrarumweltmaßnahmen, erhalten nur einen Bruchteil der Finanzierung, die in das hochbürokratische und ökologisch kaum wirksame „Greening“ fließt. Zudem sei das System nicht in der Lage, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Gleiches gelte für die Vermeidung von Umweltschäden wie die zu hohe Nitratbelastung des Grundwassers.

VERSCHWENDETES STEUERGELD

„Wer diese ineffiziente und umweltschädliche Politik als alternativlos verteidigt, be-

treibt Betrug an Steuerzahlern und Landwirten. Europas Bürger sind immer weniger dazu bereit, Milliarden an Steuergeldern in eine immer intensivere Landwirtschaft zu stecken und am Ende noch mehr zur Kasse gebeten zu werden für die daraus resultierenden Umweltschäden. Längst ist klar: Die Landwirtschaft muss sich ändern und naturverträglicher werden – die EU muss dazu nun die richtigen Entscheidungen treffen“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

PLANÄNDERUNG

Der NABU sieht sich durch die Studie in seiner Forderung

nach einer grundlegenden Änderung der EU-Agrarpolitik bestätigt. Da Gelder künftig, etwa durch den Brexit, knapper werden, fordert der NABU, das Fördersystem ab 2020 umzubauen. Landwirte muss es in die Lage versetzen, umweltfreundlicher zu produzieren und zugleich höhere Einkommen zu erzielen. Dazu müssen die Pauschalsubventionen mit dem Gießkannenprinzip ersetzt werden durch Investitionen in bessere Tierhaltung und Ackerbau.

Ein neuer EU-Naturschutzfonds in Höhe von jährlich 15 Milliarden Euro könnte Landwirten zudem ein attraktives Zusatzeinkommen

für Naturschutzleistungen bieten – als Gesellschaftsvertrag mit dem Steuerzahler.

NACHHALTIGKEITSZIELE

Die Studie erscheint kurz bevor EU-Agrarkommissar Phil Hogan seine Pläne für die künftige EU-Agrarpolitik vorstellt. Allem Anschein nach will er auch nach 2020 an den ineffizienten pauschalen Direktzahlungen festhalten – und das, obwohl sich Anfang 2017 in einer EU-Konsultation 80 Prozent der teilnehmenden EU-Bürger für eine grundlegende Reform ausgesprochen hatten. Sollte Hogan bei seinem Kurs bleiben, drohen bis Ende des nächsten Jahrzehnts

weitere Ineffizienz und ökologische Schäden.

Sebastian Lakner, Autor der Studie: „Unsere Literaturstudie zeigt, dass die GAP in ihrer jetzigen Form die selbst gesteckten Ziele nicht erfüllt. Vor allem die Direktzahlungen der Ersten Säule erzeugen eine Reihe von Problemen und haben 25 Jahre nach der MacSharry-Reform keine sinnvolle Begründung. Die EU sollte sich auf die Frage besinnen, welche Ziele die GAP tatsächlich erfüllen soll. Meiner Ansicht nach sollten drei wichtige Ziele in Zukunft angestrebt werden: Die landwirtschaftliche Produktion muss nachhaltiger werden, der Verlust der Artenvielfalt gestoppt und der Kampf gegen den Klimawandel auch im Agrarbereich angegangen werden. Dazu sollte die EU-Kommission nun einen ambitionierten Reformvorschlag vorlegen.“

Die Studie „Is the CAP Fit for purpose?“ ist eng angelehnt an das Instrument des EU-„Fitness Checks“. Dieses Instrument nutzt die Europäische Kommission selbst, um ihre Rechtsakte zu durchleuchten. Überprüft wurden die Kriterien Effektivität, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und europäischer Mehrwert, jeweils nach sozio-ökonomischen und ökologischen Aspekten.

EU-Haushalt - Struktur des EU-Agrarhaushaltes 1991 und 2016



Im Wandel: Die Entwicklung der EU-Haushalt-Struktur des EU-Agrarhaushaltes bis 2016. Dabei wird stets die mögliche Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele untersucht. FOTO: EUROPÄISCHE KOMMISSION

Neue Westfälische, Bielefeld, 04.12.2017

Grundwasser

Für den mengenmäßigen Zustand werden für acht Grundwasserkörper Fristverlängerungen festgelegt. Diese Grundwasserkörper sind erstmals in einem schlechten mengenmäßigen Zustand und die Ursache ist noch weiter zu untersuchen.

Begründung für Fristverlängerungen	Prozentualer Flächenanteil der Grundwasserkörper, für die Fristverlängerungen für den mengenmäßigen Zustand festgelegt wurden (in Prozent; Anzahl der Wasserkörper in Klammern) (Mehrfachnennungen möglich)				
	Rhein NRW	Weser NRW	Ems NRW	Maas NRW	NRW
Technische Durchführbarkeit (Ursache für Abweichungen unbekannt)	4,5 (7)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,5 (1)	3,0 (8)

Für den chemischen Zustand wird für zahlreiche Grundwasserkörper davon ausgegangen, dass sie erst im kommenden oder im übernächsten Bewirtschaftungszyklus die Ziele erreichen können. Eine mittelfristige Verbesserung kann dort erwartet werden, wo Sanierungen von Altlasten oder Grundwasserschadensfällen bereits geplant sind.

Bei den durch Nitrat und Pflanzenschutzmittel belasteten Grundwasserkörpern muss mit einer verzögerten Zielerreichung bis 2027 gerechnet werden.



Begründung für Fristverlängerungen	Prozentualer Flächenanteil der Grundwasserkörper, für die Fristverlängerungen für den chemischen Zustand festgelegt wurden (in Prozent; Anzahl der Wasserkörper in Klammern) (Mehrfachnennungen möglich)				
	Rhein NRW	Weser NRW	Ems NRW	Maas NRW	NRW
Technische Durchführbarkeit (Ursache für Abweichungen unbekannt)	3,3 (9)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	2,0 (9)
Unverhältnismäßig hohe Kosten	5,1 (7)	0,0 (0)	0,0 (0)	10,1 (2)	4,3 (9)
Natürliche Gegebenheiten	32,8 (58)	24,9 (10)	77,8 (15)	69,7 (18)	45,4 (101)

Der Grundwasserstand wird im linksrheinischen Braunkohlenrevier soweit abgesenkt, dass ein

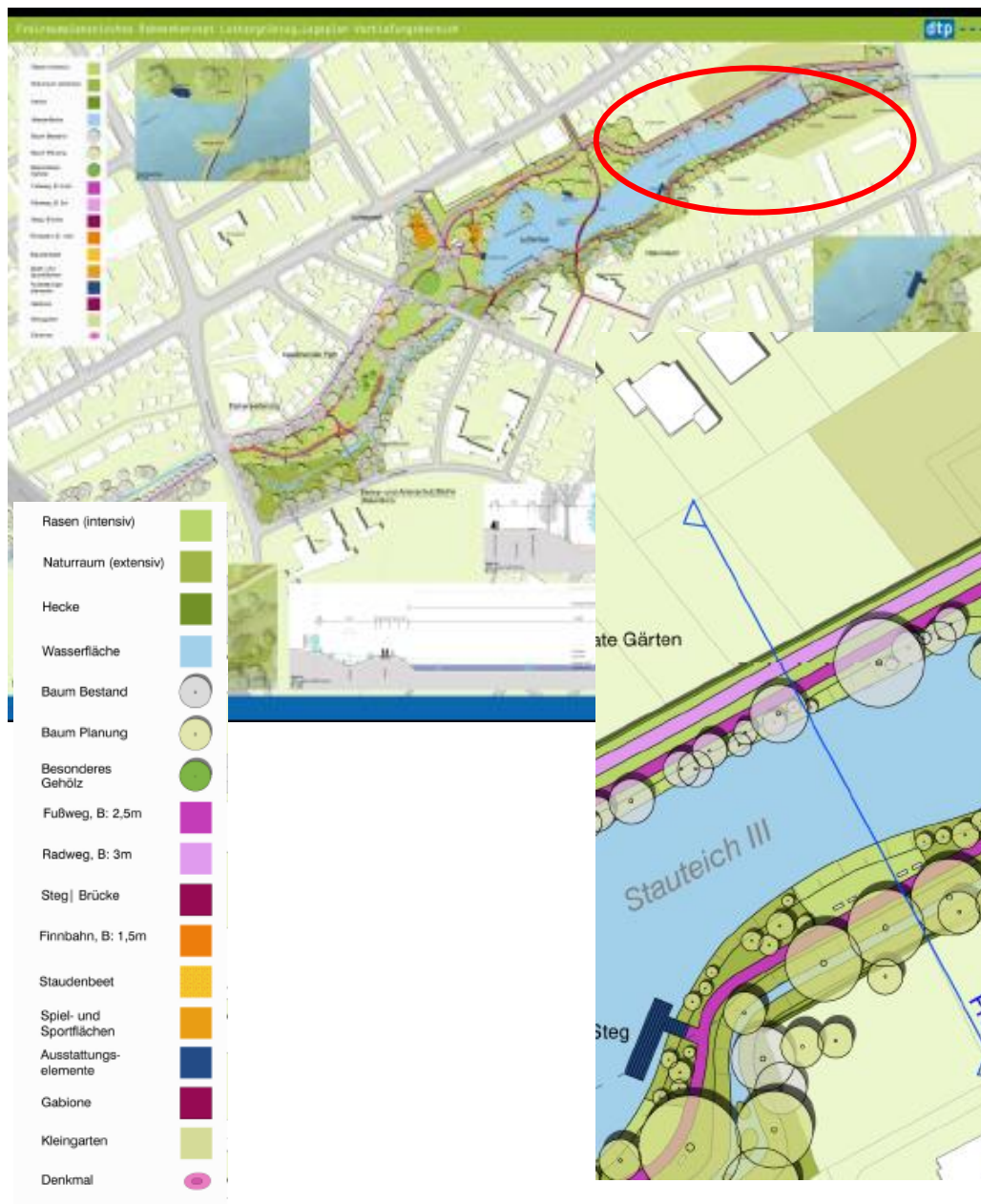
Quelle:

2. Bewirtschaftungsplan 2016 - 2021, S. 22,
MKULNV NRW 2015

Naturschutzverbände fordern flächendeckende Strategie zur Nährstoffminderung

- Stallbauten begrenzen, Tierhaltung nur unter mit artgerechter Haltung unter bestimmten Standards und mit ausreichend eigenen Flächen zur Futtermittelerzeugung
- Angemessene Preise, geringerer Fleischverzehr – Qualität statt Quantität
- Neues Düngerecht nicht ausreichend, zulässige betrieblichen Nährstoffüberschüsse reduzieren, kontrollieren und auch sanktionieren.
- Abgaben auf Düngemittel, Nährstoffüberschüsse, auch auf Pestizide um für gewässerfreundliche Vielfalt bei der Flächennutzung zu sorgen.
- Eine Agrarreform, die **keine** Steuergeschenke mehr an eine gewässerschädlich wirtschaftende Landwirtschaft und an wachstumshörige Weltmarktproduzenten verteilt.
- Nur eine bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft sichert langfristig die gesellschaftliche Akzeptanz für Milliardensubventionen.

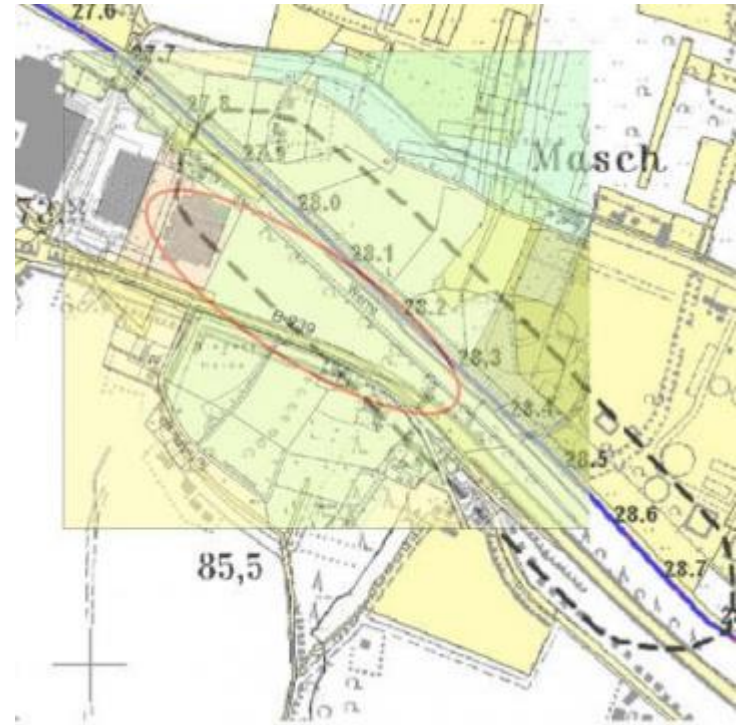
Die agrarindustrielle Produktion ist eine Sackgasse, hinsichtlich Gewässerschutz und Biodiversität!



Stadt Bielefeld, AfUK 16.01.2018, TOP 7: Freiraumplanerisches Rahmenkonzept Luttergrünzug
https://anwendungen.bielefeld.de/bi/to0040.asp?__ksinr=5521

Herausforderungen und erforderliche Unterstützung z.B. bei:

- Durchgängigkeit gegenüber unverträglichen Freizeitnutzungen sicherstellen (z.B. Werre bei HF, Berger Tor)
- Umgang mit Kleingewässern (z.B. Quelllast Gruttbach bei Lage, BUND KG LIP)
- Sicherung von Strahlursprüngen vor weiterer Bebauung, ökologisch angepasste Unterhaltung (z.B. Werre, BUND KG HF)
- Umsetzung Strahlwirkungskonzept vor Ort durch Umsetzungsfahrpläne (z.B. Riehe bei Minden, BUND KG MI)
- Aktionen Bastau, Ösper (BUND KG MI)
- mehr Raum für die Gewässer (z.B. Nethe bei Willebadessen, BUND KG HX)
- Aktion Schwarzbach, Werther (BUND KG GT)



Quelle: K.-H. Meier

Zu Punkt 7: Umsetzung der EU Wasserrahmenrichtlinie

.....

Herr Becker geht davon aus, dass nicht alle Maßnahmen im Umsetzungsplan bis 2027 zu schaffen seien. Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung, aber mit lediglich zwei halben Stellen zur Bearbeitung des Umsetzungsfahrplanes fehle das Personal, um die Vielzahl der noch offenen Maßnahmen fristgerecht umsetzen zu können.

Auf Nachfrage erklärt Herr Becker, dass die Durchgängigkeit der berichtspflichtigen Gewässer bisher noch nicht zur Hälfte hergestellt sei.

.....

Beschluss:

Der Naturschutzbeirat fordert die Stadt auf, die personellen Grundlagen zu schaffen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie im vorgesehenen Zeitraum zu erreichen.

Er regt an, zu überprüfen, wieweit die positiven Maßnahmen des WWE (Weser-Werre-Else-Verbandes) auf Bielefeld übertragbar sind (Gewässerschutzmaßnahmen von der Agentur für Arbeit unterstützt).

- einstimmig beschlossen

https://anwendungen.bielefeld.de/bi/si0041.asp?__ctopic=gr&__kgrrnr=994922